

Anonymität für Lobbyisten? Zur Balance zwischen Informationsfreiheit und Datenschutz

Ein früher Hinweis auf die Informationsfreiheit als Grundrecht

Bereits in dem von Wilhelm Steinmüller maßgeblich geprägten Gutachten „Grundfragen des Datenschutzes“ von 1971 findet sich ein Exkurs zum Thema „Grundrecht auf Information“ (Steinmüller/Lutterbeck/Mallmann/Harbort/Kolb/Schneider, S. 62–71). Darin gehen die Gutachter (genauer: Bernd Lutterbeck) der Frage nach, ob der – schwerpunktmäßig analysierten – Berechtigung des Staates zur Verarbeitung von Individualinformationen, ohne die „Privatsphäre“ zu verletzen, nicht eine Berechtigung des Bürgers entspricht zu erfahren, *„was in den einzelnen Phasen der Informationsverarbeitung durch öffentliche und private Stellen geschieht.“* (Ebda., S. 63). Der Exkurs mündet in den überzeugenden Versuch einer Neuinterpretation des Artikels 5 Grundgesetz. Danach ist der Staat verpflichtet, *„für das Funktionieren des freien Meinungs Austauschs und der ungehinder ten (und ungetrübten) Unterrichtung durch Gewährleistung allgemein zugänglicher Quellen“*, Sorge zu tragen.

Diese Neuinterpretation war schon 1971 überfällig angesichts der fortschreitenden Konzentration im Bereich der – damals noch analogen – Massenmedien, die auch deshalb dem Informationsanspruch des Bürgers als einzige oder dominante allgemein zugängliche Quelle nicht mehr genügten (Steinmüller u. a., ebda., S. 67; mittlerweile mehren sich die Stimmen für einen verfassungsunmittelbaren Informationszugangsanspruch, vgl. z. B. Wegener, S. 480 ff.). In welchem Verhältnis ein Grundrecht auf Information zum Datenschutzrecht

stehen könnte, wird in dem Gutachten nur angedeutet. Das vorgeschlagene künftige Datenschutzgesetz sollte nach den Vorstellungen der Gutachter den schon damals formulierten weitreichenden „*Gedanken der Drittwirkung des Grundrechtes auf Information berücksichtigen. Wegen der Gleichartigkeit der Auswirkungen von Informationssystemen im privaten und öffentlichen Bereich empfiehlt es sich, bei der Regelung privater Informationssysteme die entwickelten Gesichtspunkte für öffentliche Informationssysteme miteinzubeziehen.*“ (Ebda., S. 71) Hier scheint bereits der richtige Gedanke auf, dass sich weder Regelungen zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung noch solche zum freien Informationszugang generell auf den öffentlichen Sektor beschränken lassen (zu letzterem Dix 2004).

Informationsfreiheit und Datenschutz – ein Gegensatz?

In der Frühphase der noch relativ jungen deutschen Informationsfreiheitsgesetzgebung, die in Brandenburg mit dem dortigen Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz von 1998 begann, wurde immer wieder auf den angeblich unvermeidlichen Konflikt zwischen Informationsfreiheit und Datenschutz hingewiesen. Dies wurde zum einen als Argument dafür ins Feld geführt, dass der Informationsfreiheit in der Praxis enge Grenzen gesetzt seien, zum anderen wurde aus diesem scheinbaren Gegensatz abgeleitet, dass die Funktionen des Datenschutzbeauftragten und des Informationsfreiheitsbeauftragten unvereinbar seien. Beide Argumentationen haben sich mittlerweile als unzutreffend erwiesen. Allerdings war stets unbestritten, dass in den Fällen, in denen tatsächlich Informationszugangs- oder Transparenzinteressen einerseits und Datenschutzbelange Betroffener andererseits aufeinander treffen, die Herstellung einer Balance, mit den Worten Konrad Hesses „praktischer Konkordanz“ geboten ist. Diese Balance wird mit Bezug auf die europäische

Gesetzgebung durch die neuere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in Frage gestellt.

Gesetzgebung als gerinnende Politik

Wenn man Recht als „geronnene Politik“ und den Prozess der Rechtsetzung als „gerinnende Politik“ begreift, dann liegt es in einem demokratischen Gemeinwesen nahe, die Bedingungen dieses Gerinnungsprozesses so weit wie möglich offenzulegen.

Das Wort „lobby“ wird auf die „lobia“ (Vorhalle des römischen Senats) zurückgeführt und bezeichnet in erster Linie die Wandelhallen des britischen House of Commons und des US-Kongresses. In diesen Hallen können Interessenvertreter (stakeholder) mit Abgeordneten Gespräche führen, um sie – positiv – für ihr Anliegen zu gewinnen oder – negativ – von bestimmten Gesetzgebungsvorhaben abzubringen. Die „Lobby“ steht daher inzwischen gleichzeitig für Interessenvertreter, die sich längst nicht mehr darauf beschränken, in öffentlichen Räumen wie einem parlamentarischen Vorraum auf Abgeordnete einzuwirken. Die Einwirkung setzt erheblich früher ein, etwa wenn eine Regierung Gesetzentwürfe erarbeitet oder wenn die Europäische Kommission die Absicht bekundet hat, eine Verordnung oder Richtlinie zu erarbeiten. Sind derartige Vorschläge veröffentlicht, so intensiviert sich der Prozess der Beeinflussung naturgemäß noch. Ende April 2013 waren 5661 Organisationen (Verbände, Anwaltskanzleien, Lobbyagenturen, Unternehmen) im freiwilligen (und deshalb unvollständigen) Transparenzregister der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments gemeldet. Der Rat hat bisher kein entsprechendes Register. 2013 deckte die Plattform „lobbyplag.eu“ auf, dass einzelne Abgeordnete in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments bei den Beratungen des Entwurfs für eine Datenschutz-Grundverordnung Änderungsanträge teilweise wörtlich von Interessengruppen übernommen hatten.

Auch weltweit nehmen die Bemühungen zu, die Tätigkeit von Lobbyisten im Gesetzgebungsverfahren strikteren Regeln zu unterwerfen (vgl. OECD 2009), Regierungsressorts gehen mittlerweile dazu über, externe Experten oder Anwaltskanzleien um Beratung bei der Erstellung komplexer Gesetzentwürfe zu bitten oder sie sogar die Entwürfe ganz oder in Teilen selbst formulieren zu lassen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung empfiehlt deshalb in ihren zehn Prinzipien für Transparenz und Integrität bei Lobby-Tätigkeit den Regierungen weltweit, den Einfluss externer Akteure auf die Gesetzgebung durch „legislative footprints“ sichtbar zu machen (vgl. OECD 2010), ein Ratschlag, dem etwa der Berliner Senat auf Druck des Abgeordnetenhauses 2011 zumindest partiell gefolgt ist (BlnBDI, Jahresbericht 2011, S. 189).

Erzwungene Transparenz im EU-Ministerrat

Auch der Rat der Europäischen Union, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten am Prozess der Rechtsetzung mitwirken, hat sich lange einer größeren Transparenz seiner Entscheidungsprozesse widersetzt (vgl. dazu näher Hillebrandt/Curtin/Meijer). Erst mit der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU-Institutionen wurde der Transparenzgrundsatz – nicht beschränkt auf das Gesetzgebungsverfahren – ausdrücklich verankert und damit Art. 15 Abs. 3 AEUV und Art. 42 der Europäischen Grundrechte-Charta konkretisiert. Auch wenn die Verordnung im Mitentscheidungsverfahren von Kommission, Rat und Parlament gebilligt wurde, war eindeutig das Europäische Parlament die treibende Kraft hinter dieser Regelung. Inhaltlich schlug sich in diesem europäischen Informationsfreiheitsgesetz die Rechtstradition der skandinavischen Länder Schweden und Finnland nieder, die 1995 der Europäischen Union beigetreten waren (Dänemark war

bereits 1973 beigetreten). Bekanntlich ist Schweden das Land mit dem weltweit ältesten Öffentlichkeitsgesetz von 1766.

Trotz der Verordnung von 2001 und obwohl der Europäische Rat mittlerweile transparenter agiert als viele Regierungen der EU-Mitgliedstaaten (so Hillebrandt/Curtin/Meijer, S. 2), haben transparenzfeindliche Tendenzen im Rat immer wieder die Oberhand behalten, wobei nicht Datenschutz-, sondern traditionelle Arkan-Argumente zur Begründung herhalten mussten.

Erst die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 17. Oktober 2013 (Rat ./ Access Info Europe) enthält hier deutlichere Vorgaben zur Begrenzung der Geheimhaltung bei Beratungen im Rat, die möglicherweise die Entwicklung zu mehr Transparenz in EU-Institutionen generell unterstützen wird. Die Bürgerrechtsorganisation Access Info Europe hatte vom Rat die Offenlegung eines Dokuments aus den Beratungen der Rats-Arbeitsgruppe verlangt, die sich mit der Novellierung der Verordnung von 2001 zum Zugang zu EU-Dokumenten befasste. Im Kern betrifft der Streit zwischen der Bürgerrechtsorganisation und dem Rat die Frage, ob die Identität von Mitgliedstaaten offengelegt werden muss, die bestimmte Änderungsvorschläge zur Informationszugangsverordnung gemacht haben. Sowohl das Europäische Gericht (in erster Instanz) als auch der Europäische Gerichtshof haben die Weigerung des Rates, offenzulegen, welche Regierung(en) hinter bestimmten Änderungsvorschlägen standen oder sich gegen sie ausgesprochen hatten, für nichtig erklärt. Dass der Inhalt der Änderungsvorschläge offenzulegen war, hatte der Rat nicht bestritten.

In den transparenzfreundlichen Urteilen des Europäischen Gerichts und des Europäischen Gerichtshofs ging es also um die Balance zwischen Informationsfreiheit und dem Schutz der Effizienz des Entscheidungsprozesses von EU-Gremien. Im erweiterten Sinn machte der Rat in diesem Verfahren so etwas wie „Datenschutz“ in

Form von Identitätsschutz für die Regierungen der Mitgliedstaaten geltend. Die Europäischen Gerichte überzeugte dies mit Recht nicht. Der Europäische Gerichtshof verwies zur Begründung auf seine bisherige Rechtsprechung und die Erwägungsgründe der Informationszugangs-Verordnung von 2001, die ihrerseits die Festlegung im Europäischen Unionsvertrag auf eine möglichst offene und bürgernahe Entscheidungsfindung hervorhebt. Schon zuvor hatte der Gerichtshof entschieden, dass die Mitgliedstaaten nicht befugt sind, Ministerien von der Pflicht zur Offenlegung von Umweltinformationen freizustellen, wenn sie untergesetzliches Recht (z. B. Rechtsverordnungen) erlassen (*EuGH*, Urteil v. 18. Juli 2013, Deutsche Umwelthilfe e. V. ./ Bundesrepublik Deutschland).

Lobbyisten bei der Kommission genießen Anonymität

In markantem Gegensatz zu dieser Rechtsprechung stehen die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zum Schutz von Lobbyisten und Experten vor der Offenlegung ihrer Beteiligung an Gesprächen mit der Kommission. In den Fällen *Bavarian Lager ./ Commission* und *Client Earth ./ European Food Safety Agency* haben die Europäischen Gerichte dem Schutz der Lobbyisten und Experten vor Offenlegung ihrer Identität einen weitgehenden Vorrang vor dem öffentlichen Informationsinteresse eingeräumt.

Das Europäische Gericht hatte in der erstinstanzlichen Entscheidung im *Bavarian-Lager-Fall* noch dem Informationszugangswunsch des englischen Bier-Importeurs entsprochen, der wissen wollte, welche Verbandsvertreter an Gesprächen mit der Kommission zur Umsetzung des Reinheitsgebots für Bier teilgenommen hatten. Hintergrund war die Beschwerde des Importeurs gegen die Beschränkungen des Imports deutschen (genauer: bayerischen) Bieres in das Vereinigte Königreich. Nachdem diese Beschränkungen nach

Gesprächen zwischen der Kommission, den britischen Behörden und einem europäischen Bierbrauer-Verband aufgehoben und den Bestimmungen zum freien Warenverkehr angepasst worden waren, wollte der Importeur nachvollziehen, welche Personen an den Gesprächen mit der Kommission teilgenommen hatten. Die Kommission legte die Dokumente über die Treffen mit den Regierungs- und Interessenvertretern nur in geschwärzter Form vor, wobei zwar die vorgetragenen Argumente erkennbar waren, nicht aber, von welchen fünf externen Gesprächsteilnehmern sie vorgetragen wurden. Zwei dieser Teilnehmer hatten einer Offenlegung ihrer Identität ausdrücklich widersprochen, drei weitere hatten sich nicht geäußert. Sowohl der Europäische Bürgerbeauftragte als auch das Europäische Parlament hatten die restriktive Haltung der Kommission zu diesem Informationsbegehren kritisiert (Dix 2002, S. 172 ff.).

Überraschend urteilte der Europäische Gerichtshof schließlich 2010 zugunsten der Kommission und wies den Informationszugangsanspruch des Bier-Importeurs ab (Rechtssache C-28/08 P). Im Kern korrigierte der Gerichtshof zunächst die Auffassung des erstinstanzlichen Gerichts, das die Bestimmungen der Datenschutzverordnung von 2001 einschränkend in der Weise ausgelegt hatte, dass sie nur dann einschlägig seien, wenn die Privatsphäre der Betroffenen tangiert sei, was bei Regierungs- und Verbandsvertretern regelmäßig nicht der Fall ist (vgl. auch Dix, ebda.). Der Datenschutz ist nicht deckungsgleich mit dem Schutz der Privatsphäre, sondern geht insofern darüber hinaus, als die Verwendung personenbezogener Daten generell bestimmten Regeln auch dann unterworfen wird, wenn die Privatsphäre im engeren Sinn nicht tangiert wird. Insofern hat die erstinstanzliche Entscheidung die Ausnahmeregelung des Art. 4 (1) b) der Informationszugangsverordnung zu restriktiv ausgelegt. Der Europäische Gerichtshof betont in seiner endgültigen Entscheidung, dass die Verordnungen zum Datenschutz und zum Informationszugang bei EU-Institutionen kurz hintereinander beschlossen worden seien und grundsätzlich gleichrangig anzuwenden seien (EuGH

2010, Rz. 56). Die volle Anwendung beider Verordnungen sei sicher zu stellen. Im Ergebnis gibt der Gerichtshof allerdings der Datenschutzverordnung den Vorrang, die in ihrem Art. 8 die Übermittlung personenbezogener Daten an Privatpersonen davon abhängig macht, dass diese die Notwendigkeit der Übermittlung darlegen. Dies habe der klagende Importeur versäumt, so dass die Kommission nicht in der Lage gewesen sei, die vorgeschriebene Abwägung mit etwaigen schutzwürdigen Belangen der betroffenen Gesprächsteilnehmer vorzunehmen.

Diese Auslegung läuft offenkundig dem Ziel der Informationszugangsverordnung zuwider, Unionsbürgerinnen und -bürgern ohne Begründung und ohne Offenlegung ihrer Motive Zugang zu Dokumenten der EU-Organe zu eröffnen. Insofern liegt ein Widerspruch zwischen der Regeln der Datenschutz- und der Informationsverordnung vor, den der Gerichtshof undifferenziert zugunsten des Datenschutzes aufgelöst hat, obwohl er selbst betont, dass der Unionsgesetzgeber zwischen Datenschutz und Informationsfreiheit ein Gleichgewicht habe herstellen wollen. Das Ziel der praktischen Konkordanz zwischen Informationsfreiheit und Datenschutz wird so verfehlt, die nötige Balance zwischen den beiden in der Grundrechte-Charta garantierten Rechte (Art. 8 u. 42) geht verloren. Auch wenn die Vertraulichkeit von Beratungen der Kommission oder anderer EU-Institutionen mit externen Interessenvertretern während und unmittelbar danach schutzwürdig sein kann, verkennt der Gerichtshof, dass das öffentliche Interesse an der Offenlegung der Identität dieser *stakeholder* zumindest mit zunehmendem Zeitablauf höher zu bewerten sein kann als ihr Interesse an Vertraulichkeit. Demgegenüber führt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die das Europäische Gericht mittlerweile in einem weiteren Fall bestätigt hat (Client Earth ./EFSA), zu einem Recht auf dauerhafte Anonymität für Lobbyisten und solche Regierungsvertreter, die mit der Kommission verhandeln, während Vertreter der Regierungen im Rat nach der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs ein solches Recht

nicht in Anspruch nehmen können (die Mitgliedstaaten können nach der Entscheidung in Access Info ./Rat keine Verschleierung ihrer Identität verlangen und wer die Mitgliedstaaten in den Ratsarbeitsgruppen vertritt, ist ebenfalls zu Recht kein Geheimnis).

Der pragmatische Vorschlag des Europäischen Datenschutzbeauftragten

Der Europäische Datenschutzbeauftragte, der schon im Fall Bavarian Lager interessanterweise auf der Seite des Klägers, also zugunsten der Informationsfreiheit interveniert hatte, befürwortete in einer Stellungnahme zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2010 eine pragmatische Lösung: Auf der Basis des Art. 5 a) der Datenschutz-Verordnung sollten die Europäischen Institutionen eine Strategie der proaktiven Veröffentlichung von Informationen im Sinne von „best practices“ entwickeln. Bereits im Zeitpunkt der Erhebung der personenbezogenen Daten und damit vor Eingang eines Antrags auf Zugang zu diesen Daten sollten die Unionsorgane abwägen, welche Daten etwa von Personen, die in öffentlicher Funktion in Kontakt zu den Institutionen der Union treten, veröffentlicht werden. Dies müsste den Betroffenen auch mitgeteilt werden, denen ein Widerspruchsrecht einzuräumen wäre (EDPS, S. 12 f.). Dieser Transparenzansatz, den der Europäische Datenschutzbeauftragte befürwortet, ist in der Tat zukunftssträftig. Er wird mittlerweile gestützt durch die Transparenzgesetzgebung, die z. B. in Hamburg in Kraft ist und in anderen Bundesländern angestrebt wird. Das Bremische Informationsfreiheitsgesetz enthält zwar ebenfalls Veröffentlichungspflichten, die personenbezogene Daten allerdings ausnehmen. Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz schränkt den Datenschutz insoweit ein, als die Daten bestimmter Personen, die an Verwaltungsverfahren beteiligt oder Adressaten einer überwachenden Verwaltungstätigkeit sind, in der Regel auf Antrag (nicht proaktiv) offenzulegen sind. Eine Veröffentlichungspflicht besteht

allerdings bei bestimmten Verträgen, die das Land im Bereich der öffentlichen Versorgung mit privaten Investoren schließt. Auslöser für diese Regelung waren die in einer Volksentscheid mündenden Auseinandersetzungen über die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung (Dix 2010). Das Vereinigte Königreich schreibt *publication schemes* in seinem Freedom of Information Act 2000 vor.

Letztlich räumt aber auch der Europäische Datenschutzbeauftragte ein, dass nur der Gesetzgeber den vom Europäischen Gerichtshof festgestellten Widerspruch zwischen Informationsfreiheit und Datenschutz auflösen kann. Die Gelegenheit dazu besteht im Rahmen der Novellierung der Informationszugangsverordnung von 2001, die allerdings seit Jahren von der Europäischen Kommission und vom Rat – wenngleich nicht vorrangig aus datenschutzrechtlichen Gründen – blockiert wird. Die Europäische Kommission hatte 2008 einen ersten Entwurf zur Novellierung der Verordnung von 2001 vorgelegt, der jedoch eher zu einer Absenkung des Transparenzniveaus geführt hätte. Sie hielt an diesem Entwurf auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon fest, der erhöhte Transparenzanforderungen festschrieb und eine Erstreckung der Informationsfreiheit auf alle EU-Organe nötig machte. Das Europäische Parlament hat diesen später geringfügig modifizierten Entwurf kritisiert und 2011 einen gemeinsamen Standpunkt für den Trilog mit Kommission und Rat beschlossen, der jedoch von den beiden anderen Institutionen abgelehnt wurde. Seitdem blockieren Rat (bzw. die dortige Mehrheit der Transparenzgegner) und Kommission eine Weiterentwicklung der Verordnung von 2001. Das hat das Europäische Parlament in einer Entschließung vom 12. Juni 2013 scharf kritisiert, ohne dass dies zu Bewegung in den fest gefahrenen Positionen geführt hätte. Unter anderem fordert das Parlament auch die Klärung des Verhältnisses zwischen Transparenz und Datenschutz.

Fazit

Man muss den Eindruck gewinnen, dass auch auf europäischer Ebene das erreichte Transparenzniveau einer stetigen Erosionsgefahr ausgesetzt ist, obwohl das primäre Unionsrecht dem freien Informationszugang inzwischen Grundrechtscharakter beimisst. Dabei wird der Datenschutz mit Billigung des Europäischen Gerichtshofs von Institutionen dazu missbraucht, eigene Entscheidungsprozesse zu verschleiern. Angesichts der starken Stellung, die die Kommission mit ihrem Initiativrecht und ihrer Beteiligung am weiteren Gesetzgebungsverfahren hat, führt dies zu einem eklatanten Defizit an Transparenz und demokratischer Legitimation. Das kann nur durch eine europäische Gesetzgebung geändert werden, auf die das neu gewählte Europäische Parlament künftig erheblich stärkeren Einfluss als bisher haben sollte. Ob das Recht des neu zu wählenden Parlaments, den oder die Präsidentin der Kommission zu wählen, dafür schon ausreicht, bleibt abzuwarten.

Literatur

Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
(BlnBDI), Jahresbericht 2011

Dix, Bedroht der Datenschutz die Informationsfreiheit ?, in: Bizer/
Lutterbeck/Rieß (Hrsg.), Umbruch von Regelungssystemen
in der Informationsgesellschaft, Freundesgabe für Alfred
Büllesbach, S. 169 ff. (Dix 2002).

Ders., Vision einer transparenten Gesellschaft, in: Bizer/v. Mutius/
Petri/Weichert (Hrsg.), Innovativer Datenschutz 1992 – 2004,
Wünsche, Wege, Wirklichkeit, Für Helmut Bäumler, S. 71 ff.
(Dix 2004).

Ders., Aktive Transparenz bei Grundversorgungsverträgen – Das
Berliner Modell, Informationsfreiheit und Informationsrecht –
Jahrbuch 2010, S. 133 ff. (Dix 2010).

- Europäischer Datenschutzbeauftragter (EDSB)*, Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten mit personenbezogenen Daten nach dem Urteil in der Rechtssache *Bavarian Lager* (2011).
- Europäischer Gerichtshof (EuGH)*, Urteil v. 17.10.2013 (Rat ./ Access Info) Rs. C-280/11 P.
- EuGH*, Urteil v. 29.6.2010 (Europäische Kommission ./ The Bavarian Lager Co. Ltd.), Rs. C-28/08 P.
- EuGH*, Urteil v. 18.7.2013 (Deutsche Umwelthilfe e. V. ./ Bundesrepublik Deutschland), Rs. C-515/11.
- Europäisches Gericht*, Urteil v. 13.9.2013 (Client Earth and Pesticide Action Network Europe ./ European Food Safety Authority - EFSA), Rs. T-214/11.
- Europäisches Parlament*, Entschließung vom 12. Juni 2013 zur Blockade der Revision der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001.
- Hillebrandt/Curtin/Meijer*, Transparency in the EU Council of Ministers: An Institutional Analysis, *European Law Journal*, Vol. 20, No.1, S. 1 ff.
- OECD*, Lobbyists, Governments and Public Trust, Volume 1: Increasing Transparency through Legislation (2009).
- OECD*, The Ten Principles for Transparency and Integrity in Lobbying (2010).
- Steinmüller/Lutterbeck/Mallmann/Harbort/Kolb/Schneider*, Grundfragen des Datenschutzes, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (1971), Anlage 1 zur Bundestags-Drucksache VI/3826.
- Wegener*, Der geheime Staat, Arkantradition und Informationsfreiheitsrecht (2006).